



**Geschäftsführung  
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und  
Rechtsfragen / Vergabe / Internationales**

Frau Schacknat

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: Melina.Schacknat@STADT-KOELN.DE

Datum: 15.06.2020

## Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, den 04.05.2020, 17:00 Uhr bis 18:02 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Thomas Hegenbarth	SPD
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Prof. Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz	CDU	(vertritt Herrn Werner Marx)
------------------	-----	------------------------------

#### Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	auf Vorschlag der AfD
Herr Pascal Pütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Christoph Schmitz	CDU

#### Verwaltung

Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Herr Olaf Wagner

Herr Josef Breuer

### **Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Bettina Mötting

### **GPR**

Herr Jörg Dicken

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Werner Marx CDU (vertreten durch Herrn Stefan Götz)

### **Beratende Mitglieder**

Herr Florian Franzen auf Vorschlag der FDP

Herr Thomas Hilden auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Markus Wiener

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Eli Abeke BÜNDNIS 14

### **Beratende Mitglieder**

Herr Stefan-Lazar Mitu INK

Herr Alf Bernd Spröde auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule  
und Transgender

Frau Chantal Schalla auf Vorschlag der SPD

Frau Lisa Steinmann auf Vorschlag der SPD

Herr Axel Hopfauf auf Vorschlag der CDU

Frau Alexandra Staufenbiel auf Vorschlag der CDU

Herr Daniel Bauer-Dahm GRÜNE

Herr Tjark Sauer Linke

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Peter Neuhaus auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule  
und Transgender

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des AVR und begrüßt die Anwesenden.

Er teilt mit, dass an dieser Stelle die neue sachkundige Einwohnerin, Frau Lisa Steinmann, hätte vereidigt werden sollen. Aufgrund ihrer Abwesenheit werde dies jedoch in der kommenden Sitzung nachgeholt.

Im Anschluss trägt der Vorsitzende die folgenden Vorschläge zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

- zu 6.3 Falschparken auf Gehwegen - Beantwortung der Anfrage AN/0415/2020 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
0988/2020  
*(zugesetzt am 30.04.2020; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*
  
- 8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ansteckungsrisiken bei Wiederaufnahme des Schulbetriebes senken – Maskenpflicht an den Kölner Schulen einführen"  
AN/0493/2020  
*(zugesetzt am 23.04.2020)*
  
- 8.3 Änderungsantrag der Fraktion DieLinke betreffend TOP 10.8 "Stellplatzsatzung für Köln" (3217/2019)  
AN/0503/2020  
*(zugesetzt am 04.05.2020; die Unterlagen werden als Tischvorlage zur Verfügung gestellt)*

Des Weiteren teilt der Vorsitzende mit, dass nachfolgende Tagesordnungspunkte aus technischen Gründen irrtümlicherweise erneut auf die Tagesordnung genommen wurden, obwohl diese bereits abschließend durch den Rat beschlossen wurden und daher abzusetzen sind:

#### Öffentlicher Teil

- 10.4 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln  
4454/2019
  
- 10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung  
0512/2020
  
- 10.7 Kommunales Vorkaufsrecht  
Erfahrungsbericht und Evaluation  
3388/2019
  
- 10.9 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab der Spielzeit 2020/21  
0561/2020
  
- 10.10 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020

0558/2020

- 10.11 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer  
Hafen  
0052/2020

Nicht-öffentlicher Teil

- 17.3 Teilnahme am geplanten Rahmenvertrag des KDN mit der Fa. SER über Doku-  
umentenmanagement- und Archiv-Software  
0363/2020
- 17.4 Rahmenvertrag zur Reinigung und Desinfektion von Textilien für die Berufsfeuer-  
wehr Köln  
4392/2019
- 17.5 Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen der Beihilfekassen gegen den  
behandelnden Arzt wegen Mitwirkung an Betrug durch eine Beihilfeberechtigte  
0680/2020

Zudem erläutert der Vorsitzende, dass die Verwaltung den Tagesordnungspunkt 9.1 „Ge-  
nehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen  
für das 2. Halbjahr 2020“ (0143/2020) für die heutige Sitzung zurückzieht. Für die kom-  
mende Sitzung des AVR werde eine angepasste Beschlussfassung vorgelegt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Redebeiträge aufgrund der aktuellen Situation mög-  
lichst vom Sitzplatz aus erfolgen sollen und die Sitzungsdauer so kurz wie möglich gehal-  
ten werden solle.

Darüber hinaus teilt der Vorsitzende mit, dass die Verwaltung vorschlägt die Tagesord-  
nungspunkte:

- 8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend TOP 10.2 "Herstellung von Barriere-  
freiheit auf Kölner Gehwegen" (2763/2019)  
AN/0324/2020

und

- 10.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
2763/2019

sowie

- 8.3 Änderungsantrag der Fraktion DieLinke betreffend TOP 10.8 "Stellplatzsatzung für  
Köln" (3217/2019)  
AN/0503/2020

und

## 10.8 Stellplatzsatzung für Köln 3217/2019

in der heutigen Sitzung wegen Sachzusammenhang gemeinsam zu behandeln.

Des Weiteren erkundigt er sich, ob sich die antragsstellende Fraktion zu dem unter Tagesordnungspunkt 8.2 geführten Dringlichkeitsantrag zur Begründung der Dringlichkeit äußern wolle.

MdR Dr. Krupp ergreift das Wort und erläutert, dass es in dem Dringlichkeitsantrag um eine Maskenpflicht an Schulen gehe. Diese halte er analog zu den geltenden Regelungen an anderer Stelle, wo viele Menschen aufeinander treffen, für dringend notwendig. Die Dringlichkeit des Antrages sei aus der Natur der Sache ersichtlich. Wenn man die Pandemie stoppen wolle, sei Eile geboten. Insofern plädiere er dafür, den Antrag in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob jemand gegen die Dringlichkeit des Antrages sprechen wolle.

MdR Prof. Dr. Killersreiter spricht sich gegen die Dringlichkeit des Antrages aus und verweist darauf, dass die Zuständigkeit beim Gesundheitsausschuss liege.

MdR Dr. Elster regt an, der Dringlichkeit des Antrages zuzustimmen, um diesen ohne Votum in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen, da dieser sonst erneut gestellt werden müsse.

Der Vorsitzende lässt den Ausschuss über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen:

Der Dringlichkeit wurde zugestimmt.

Im Anschluss erkundigt sich der Vorsitzende nach weiteren Änderungswünschen beziehungsweise Anmerkungen zur Tagesordnung.

MdR Richter bittet darum, die unter TOP 10.2 geführte Vorlage „Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen“ (2763/2019) sowie den dazugehörigen Änderungsantrag unter TOP 8.1 (AN/0324/2020) zurückzustellen. Hintergrund sei, dass noch die Ergebnisse der vorberatenden Gremien abgewartet werden sollten. Zudem sei seinem Kenntnisstand nach die unter TOP 10.8 geführte Vorlage „Stellplatzsatzung für Köln“ (3217/2019) in den zuvor tagenden Ausschüssen zurückgestellt worden, wonach der Tagesordnungspunkt auch im AVR nicht auf der Tagesordnung stehen sollte. Diesbezüglich bitte er um Prüfung.

Der Vorsitzende nimmt die Vorschläge entsprechend auf und lässt formell über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

- 1.1 EDELGARD schützt - Aktueller Sachstand und Evaluationsbericht  
0805/2020

#### **2 Internationales**

#### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

- 3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 02.12.2019  
betreffend "Messenger-Dienst als städtisches Kommunikationsmittel"  
0602/2020
- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 27.01.2020  
betreffend "Umsetzungsstand des Projektes "Optimierung der städtischen Förder-  
mittelvergabe" (Mitteilungsvorlage 4200/2019)  
0865/2020

#### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

- 4.1 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu der Thematik Marke-  
tingmaßnahmen / Personalgewinnung  
0075/2020
- 4.2 Brüsseler Platz - Gerichtlicher Vergleich vor dem OVG NRW am 20. November  
2019  
0370/2020
- 4.3 Kinderfreundliche Kommune Köln  
Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet durch  
UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kommune"  
3580/2019
- 4.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln bei Transparency International  
0452/2020
- 4.5 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung  
0178/2020
- 4.6 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger  
Personen 2019  
0434/2020

- 4.7 Evaluationsbericht zum vereinfachten Ersatzbeschaffungsverfahren von Rettungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern  
0688/2020
- 4.8 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zum Kaufhof-Bewerbertag in 2019  
0606/2020
- 4.9 Kompensationszahlung der Stadt Köln für 2019  
0493/2020
- 4.10 Transparenzbericht 2019 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt  
0651/2020
- 4.11 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018)  
hier: Vorstellung des erarbeiteten Rollenbildes für den Ordnungsdienst  
0685/2020
- 4.12 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Contolling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0299/2020
- 4.13 Inklusionstaxen in Köln  
1098/2020

## **5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

## **6 Schriftliche Anfragen**

- 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Ausbau der Videobeobachtung von öffentlichen Plätzen in Köln"  
AN/0416/2020

Videobeobachtung in Köln - Beantwortung der Anfrage AN/0416/2020 der Fraktionen der CDU und B'90/Die Grünen  
0929/2020

- 6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Einsatzkonzepte Karneval Streetwork und Ordnungsdienst"  
AN/0364/2020
- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Falschparken auf Gehwegen"  
AN/0415/2020

Falschparken auf Gehwegen - Beantwortung der Anfrage AN/0493/2020 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
0988/2020

## **7 Mündliche Anfragen**

7.1 Städtepartnerschaftskonzept

7.2 Kundgebungen am 01.Mai

## **8 Anträge**

8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend TOP 10.2 "Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen" (2763/2019)  
AN/0324/2020

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ansteckungsrisiken bei Wiederaufnahme des Schulbetriebes senken – Maskenpflicht an den Kölner Schulen einführen"  
AN/0493/2020

8.3 Änderungsantrag der Fraktion DieLinke betreffend TOP 10.8 "Stellplatzsatzung für Köln" (3217/2019)  
AN/0503/2020

## **9 Platzvergaben**

9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2020  
0143/2020

## **10 Allgemeine Vorlagen**

10.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln  
2476/2019

10.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
2763/2019

10.3 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln  
0407/2020

~~10.4 Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln  
4454/2019~~

10.5 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"  
0228/2020

~~10.6 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung  
0512/2020~~



~~10.7 Kommunales Vorkaufsrecht  
Erfahrungsbericht und Evaluation  
3388/2019~~

10.8 Stellplatzsatzung für Köln  
3217/2019

~~10.9 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab  
der Spielzeit 2020/21  
0561/2020~~

~~10.10 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020  
0558/2020~~

~~10.11 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer  
Hafen  
0052/2020~~

10.12 Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020  
0177/2020

## **11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

### **13 Mitteilungen der Verwaltung**

13.1 Beschleunigung von Vergabeverfahren - Amt für Recht, Vergabe und Versicherun-  
gen setzt Maßnahmen um  
0439/2020

### **14 Schriftliche Anfragen**

### **15 Mündliche Anfragen**

15.1 Social Media Accounts der Oberbürgermeisterin

### **16 Anträge**

### **17 Allgemeine Vorlagen**

17.1 Bedarfsfeststellung und Durchführung eines Vergabeverfahrens  
0924/2020

- 17.2 Prüfung von Ausländerakten im Bereich Integration bei 33 - Ausländeramt  
3959/2019
- ~~17.3 Teilnahme am geplanten Rahmenvertrag des KDN mit der Fa. SER über Dokumentenmanagement- und Archiv-Software  
0363/2020~~
- ~~17.4 Rahmenvertrag zur Reinigung und Desinfektion von Textilien für die Berufsfeuerwehr Köln  
4392/2019~~
- ~~17.5 Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen der Beihilfekassen gegen den behandelnden Arzt wegen Mitwirkung an Betrug durch eine Beihilfeberechtigte  
0680/2020~~
- 17.6 Festsetzung und Erhebung der Kulturförderabgabe bei 21 - Steueramt  
0039/2020

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1.1 EDELGARD schützt - Aktueller Sachstand und Evaluationsbericht 0805/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

### **2 Internationales**

### **3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen**

#### **3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 02.12.2019 betreffend "Messenger-Dienst als städtisches Kommunikations- mittel" 0602/2020**

Die Beantwortung wird zurückgestellt.

#### **3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des AVR vom 27.01.2020 betreffend "Umsetzungsstand des Projektes "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe" (Mitteilungsvorlage 4200/2019) 0865/2020**

Die Beantwortung wird zurückgestellt.

### **4 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **4.1 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu der Thematik Marketingmaßnahmen / Personalgewinnung 0075/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

#### **4.2 Brüsseler Platz - Gerichtlicher Vergleich vor dem OVG NRW am 20. Novem- ber 2019 0370/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

#### **4.3 Kinderfreundliche Kommune Köln Erster internationaler Child Friendly Cities Summit in Köln, veranstaltet**

**durch UNICEF und der Stadt Köln / Halbzeitbilanz "Kinderfreundliche Kom-  
mune"  
3580/2019**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.4 Mitgliedschaft der Stadt Köln bei Transparency International  
0452/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.5 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung  
0178/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.6 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreise-  
pflichtiger Personen 2019  
0434/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.7 Evaluationsbericht zum vereinfachten Ersatzbeschaffungsverfahren von Ret-  
tungsdienstfahrzeugen durch die Festlegung von Nutzungsdauern  
0688/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.8 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zum Kaufhof-  
Bewerbertag in 2019  
0606/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.9 Kompensationszahlung der Stadt Köln für 2019  
0493/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.10 Transparenzbericht 2019 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt  
0651/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.11 Mitteilung zum Änderungsbeschluss vom 23.04.2018 (AN/0629/2018)  
hier: Vorstellung des erarbeiteten Rollenbildes für den Ordnungsdienst  
0685/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.12 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;  
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen  
0299/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**4.13 Inklusionstaxen in Köln  
1098/2020**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**

**6 Schriftliche Anfragen**

**6.1 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend  
"Ausbau der Videobeobachtung von öffentlichen Plätzen in Köln"  
AN/0416/2020**

**Videobeobachtung in Köln - Beantwortung der Anfrage AN/0416/2020 der  
Fraktionen der CDU und B'90/Die Grünen  
0929/2020**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Einsatzkonzepte Karneval Streetwork  
und Ordnungsdienst"  
AN/0364/2020**

Die Anfrage wird zurückgestellt.

**6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend  
"Falschparken auf Gehwegen"  
AN/0415/2020**

## **Falschparken auf Gehwegen - Beantwortung der Anfrage AN/0493/2020 der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 0988/2020**

MdR Richter bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und teilt mit, dass er zu dieser noch zwei Nachfragen habe. Er bittet um Übermittlung der Vergleichszahlen der geahndeten Verstöße zum Gehwegparken für die ersten drei Monate des Jahres 2019. Zudem bittet er um Mitteilung, ob im Zusammenhang mit der aktuellen Situation weniger Sicherstellungen von Fahrzeugen aufgrund von Gehwegparken erfolgten. Da derzeit weniger Menschen im öffentlichen Raum anzutreffen seien, seien durch auf Gehwegen parkende Fahrzeuge gegebenenfalls auch weniger Gefahrenlagen gegeben, die eine solche Sicherstellung erforderlich machten.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller sichert zu, die Vergleichszahlen nachzureichen. Dass derzeit weniger Fahrzeuge abgeschleppt würden, da weniger Menschen im öffentlichen Raum unterwegs seien, könne er nicht bestätigen. Diesbezüglich gebe es keine geänderten Anweisungen. Hier sei die Frage entscheidend, ob ein Fahrzeug eine Behinderung darstelle, unabhängig von der Frequenz des Verkehrsaufkommens.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **7 Mündliche Anfragen**

#### **7.1 Städtepartnerschaftskonzept**

MdR Dr. Elster teilt mit, dass er eine Frage zu dem Städtepartnerschaftskonzept habe. Dieses werde seit geraumer Zeit zur Beratung angekündigt. Er erkundigt sich, wann mit der Fertigstellung des Konzeptes zu rechnen sei.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass die Anfrage an den Bereich Europa und Internationales weitergeleitet und in der kommenden Sitzung des Ausschusses beantwortet werde.

#### **7.2 Kundgebungen am 01.Mai**

MdR Tokyürek teilt mit, dass sie zwei Anfragen bezüglich der Kundgebungen am ersten Mai habe. Es seien zwei Sachverhalte an die Fraktion Die Linke herangetragen worden. In Rodenkirchen habe eine Kundgebung unter der Auflage Mundschutze zu tragen, stattgefunden. Auch die Rednerinnen und Redner haben Mundschutze tragen müssen. Sie erkundigt sich, ob hier möglicherweise andere Lösungen bestünden, da sich das Reden mit Mundschutz schwierig gestalte. Zudem sei aufgefallen, dass Mitarbeitende der Polizei und des Ordnungsdienstes keine Mundschutze getragen hätten. Auf Nachfrage sei durch Mitarbeitende des Ordnungsdienstes mitgeteilt worden, dass diese dienstlich vor Ort seien und die Auflage in diesem Falle für sie nicht gelte. Zudem habe es eine weitere Kundgebung in Kalk gegeben, wo eine derartige Auflage für Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Rednerinnen und Redner nicht bestanden habe. Diese hätten dann teilweise freiwillig Mundschutze getragen, ebenso wie die Mitarbeitenden der Polizei mit Atemschutzmasken ausgestattet gewesen seien. MdR Tokyürek erläutert, dass es für Sie eine konfliktfähige Signalwirkung habe, wenn Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Auflage befolgten, Mitar-

beitende des Ordnungsdienstes jedoch nicht. Daher bittet sie um Mitteilung, welche Auflagen für Mitarbeitende des Ordnungsamtes bestehen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller führt aus, dass grundsätzlich keine generelle Regelung für Polizei und Ordnungsdienst zum Tragen eines Mundschutzes bestehe. Das Gegenteil sei der Fall. Für die Polizei sei ihm bekannt, dass die Anordnung zum Tragen eines Mundschutzes eine Entscheidung der jeweiligen Behördenleitung sei. Dies halte er auch für richtig, da die Versammlungsteilnehmenden nicht mit denen, die die Auflagen zu überwachen haben, gleichzusetzen seien. Zudem gehe man davon aus, dass Auflagen beachtet würden und daher keine Notwendigkeit für die Mitarbeitenden des Ordnungsdienstes bestünde, über den Abstand hinaus mit Teilnehmenden in Kontakt zu treten. Ob es Auflagen für eine Versammlung gebe, hänge immer von den konkreten Gegebenheiten und Einzelfällen ab. Derzeit werde jede Versammlungsanmeldung gesondert betrachtet und das Gesundheitsamt müsse eine Ausnahmegenehmigung erteilen, da nach wie vor grundsätzlich ein Versammlungsverbot gelte. Unter bestimmten Voraussetzungen würden Versammlungen jedoch zugelassen, um dem hohen Gut der Versammlungsfreiheit gerecht zu werden. Dazu gebe es ein mit der Polizei als Versammlungsbehörde abgestimmtes Konzept. Das Gesundheitsamt prüfe im Rahmen dessen, ob die Hygienebestimmungen erfüllt seien. Sofern dies der Fall sei, dürfe die Versammlung seitens der Versammlungsbehörde nicht untersagt werden. Vor welchem Hintergrund bei der einen Versammlung eine Auflage zum Tragen von Mundschutzen bestand und bei der anderen nicht, sei ihm nicht bekannt. Als grundsätzliche Regelung gelte für die Mitarbeitenden des Ordnungsdienstes jedoch keine Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes. In besonderen Situationen könne dies jedoch erforderlich sein.

## **8 Anträge**

### **8.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend TOP 10.2 "Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen" (2763/2019) AN/0324/2020**

Der Änderungsantrag wird gemeinsam mit der den Änderungsantrag betreffenden Vorlage 2763/2019 unter TOP 10.2 behandelt.

### **8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Ansteckungsrisiken bei Wiederaufnahme des Schulbetriebes senken – Maskenpflicht an den Kölner Schulen einführen" AN/0493/2020**

Herr Stadtdirektor Keller führt aus, dass er, auch wenn der Dringlichkeitsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen wurde, etwas zu der Thematik beitragen könne. Mit dem Thema „Maskenpflicht an Schulen“ habe sich auch der Krisenstab auseinandergesetzt und bewusst so entschieden, wie entschieden worden sei. Zunächst einmal wolle er jedoch mit Ausführungen zu der aktuellen medizinischen Lage beginnen. Die aktuellen Zahlen seien bereits mit der heutigen Pressemitteilung herausgegeben worden. Zum Stand 15.30 Uhr seien in der Stadt Köln 2.330 bestätigte Infektionen zu verzeichnen. Dies seien fünf mehr als am Vortag. 2.108 Patienten seien bereits genesen, 92 Personen leider verstorben. Demzufolge seien derzeit noch 130 Personen erkrankt. Von diesen seien

aktuell noch 51 Personen in intensivmedizinischer Behandlung, 28 seien auf Beatmung angewiesen. Dementsprechend gehe die Kurve weiterhin deutlich nach unten und die Auslastung der Kliniken nehme ab. Fortwährend finde eine intensive Auseinandersetzung mit dem Schutz der Alten- und Pflegeheime statt. Dies sei nach wie vor einer der Schwerpunkte. Dazu sei ein Biomonitoring entwickelt worden. Es seien fast alle Pflegekräfte der Kölner Einrichtungen getestet worden. Zur Krisenstabsitzung am vorangegangenen Freitag seien es 6.633 Testungen gewesen, die im Pflegebereich durchgeführt worden seien. Die Pflegekräfte seien aufgrund der strikten Besuchsverbote derzeit die einzige verbliebene Quelle, durch die sich die Bewohnerinnen und Bewohner infizieren könnten. Aus diesem Grunde sei man nach wie vor davon überzeugt, dass dies der richtige Weg sei, ein Eintragen des Virus in die Pflege- und Altenheime zu verhindern. Ihm sei bewusst, dass es sich hierbei lediglich um eine Momentaufnahme handle, welche auch immer wieder in Zweifel gezogen werde. Für das negative Testergebnis sei dies tatsächlich der Fall, da das Ergebnis bereits am kommenden Tag wieder anders ausfallen könne. Mit einem positiven Testergebnis identifiziere man hingegen immer auch eine potenzielle Überträgerin oder einen potenziellen Überträgerin, die viele Bewohnerinnen und Bewohner anstecken könnten. Aus diesem Grunde werde eine flächendeckende Testung in diesem Bereich für sinnvoll erachtet. In der letzten Sitzung des Krisenstabes am vorangegangenen Wochenende sei auch über die Nacht zum ersten Mai gesprochen worden. Es seien keine besonderen Vorkommnisse seitens Polizei oder Ordnungsdienst berichtet worden. Im Hinblick auf die Statistik und die im Jugendamt bekanntgewordenen Fälle sei auch kein Anstieg im Bereich der häuslichen Gewalt oder der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Eine höhere Dunkelziffer könne er allerdings nicht ausschließen. Die Rücknahme von Corona bedingten Einschränkungen befinde sich seit etwa zwei Wochen ebenfalls als Dauerthema auf der Tagesordnung des Krisenstabes. Kern der seit heute geltenden neuen Coronoschutzverordnung sei die Öffnung von Kultureinrichtungen, Zoos, Tierparks und botanischen Gärten. Auf diese Öffnungen sei man vorbereitet gewesen und habe in den letzten Wochen entsprechende Hygienekonzepte ausgearbeitet. Im Falle des Zoos müssten noch Abstimmungen mit dem Land getroffen werden, ob auch die Tierhäuser wieder geöffnet werden können. Stand heute werde davon ausgegangen, dass dies möglich sein werde. In dieser Woche werde in diesem Bereich demnach wieder ein Schritt in Richtung Normalität gegangen. Nichtsdestotrotz müsse das Besucheraufkommen, wie beispielsweise in der Flora, beobachtet werden. Es werde davon ausgegangen, dass ab dem 07.05.2020 die Viertklässler wieder in die Schulen zurückkehren. Auch hierauf sei man vorbereitet, ebenso auf den Fall, dass ab dem 11.05.2020 von Seiten des Landes auch wieder mehr Kinder in die Kindertageseinrichtungen gehen sollen. Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass sich der Sitzungsrhythmus des Krisenstabes auf zwei Tage in der Woche reduziert habe, woran auch eine Entspannung der Lage erkennbar sei. Im Hinblick auf das Thema „Maskenpflicht in Schulen“ erläutere Herr Stadtdirektor Dr. Keller, dass man die Frage sehr ausführlich diskutiert habe. Es sei jedoch einerseits die Sinnhaftigkeit als andererseits auch die Durchführbarkeit einer solchen Pflicht in Frage gestellt worden. Darüber hinaus stelle sich auch die Frage nach der Zuständigkeit, welche sich daraus ergebe, ob es sich hier um eine innere oder eine äußere schulische Angelegenheit handle. Seinen Informationen nach folgten derzeit alle Kommunen den Vorgaben des Landes, für die Schulen keine Maskenpflicht anzuordnen. Der Krisenstab sei er Ansicht gewesen, dass die Wahrung der Abstände und der Hygienevorschriften das wichtigste Mittel zum Schutz vor einer Ansteckung sei. Nichtsdestotrotz stünde es selbstverständlich allen Schülerinnen und Schülern frei, eine Maske zu tragen. Die Anordnung einer Maskenpflicht würde zudem die



Organisation von täglich rund 140.000 benötigten Masken bei Vollbetrieb der Schulen erforderlich machen. Derzeit sehe die Versorgungslage mit Atemschutzmasken so aus, dass wöchentlich etwa 150.000 Masken dem medizinischen und pflegerischen Bereich zur Verfügung gestellt werden könnten. Ein zusätzlicher Bedarf von täglich 140.000 Masken würde die Stadt Köln vor unlösbare Beschaffungsprobleme stellen. Die Anordnung einer Maskenpflicht in Schulen komme daher aus verschiedenen Aspekten nicht in Frage. Für besondere Situationen würden die Schulen allerdings mit einem gewissen Kontingent ausgestattet.

MdR Prof. Dr. Killersreiter erkundigt sich im Hinblick auf die prophylaktische Testung der Mitarbeitenden in Alten- und Pflegeheimen, ob diese Testungen regelmäßig stattfinden und falls ja in welchen Frequenzen. Zudem bittet sie um Mitteilung, ob Zahlen zu sich infizierten Pflegenden aus Krankenhäusern vorliegen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller teilt mit, dass ihm zu der letzten Frage aktuell keine Zahlen vorliegen. Dies werde er jedoch in der Arbeitsgruppe medizinische Versorgung einbringen und darum bitten, diese Zahl zu erheben. Grundsätzlich werde das Verfahren, ob und wann Mitarbeitende getestet werden, jedoch den Kliniken selbst überlassen. Im Hinblick auf die prophylaktische Testung der Mitarbeitenden in den Alten- und Pflegeheimen teilt Herr Stadtdirektor Dr. Keller mit, dass man aktuell den ersten Durchlauf beendet habe. Man wolle freie Testkapazitäten auslasten, dennoch aber auch strategisch testen. Eine strategische Testung bedeute beispielsweise die Testung von Berufsgruppen, welche in Kontakt mit vulnerablen Gruppen stünden. In welchem Turnus die Mitarbeitenden der Pflege- und Altenheime zukünftig getestet werden sollen, sei bislang noch nicht festgelegt. Dass eine weitere Runde der Testung durchlaufen werden soll, sei jedoch klar. Aktuell sei man zudem dabei, auch die Finanzierungsfragen anzugehen, da der gesamte Aufwand nicht allein durch die Gesundheitsämter getragen werden könne.

MdR Dr. Krupp merkt an, dass zur Nützlichkeit von Masken eine Meinungsänderung stattgefunden habe. Vor diesem Hintergrund sei es so, dass durch diese auch in Schulen ein zusätzlicher Schutz gewährleistet werden könnte. Es gehe nicht darum, die Masken ununterbrochen im Unterricht tragen zu müssen, sondern dann, wenn man sich auf dem Schulgelände bewege. In Anbetracht dessen, dass einige Schüler eigene Masken besitzen und die Schulen derzeit auch noch nicht in voller Auslastung besetzt seien, sei man seines Erachtens nach weit von einem Bedarf von 140.000 Masken täglich entfernt. Er halte eine Maskenpflicht nach wie vor für sinnvoll, die Diskussion solle dann aber wie besprochen im Gesundheitsausschuss erfolgen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erkundigt sich, auch im Hinblick auf die Beratungen im Gesundheitsausschuss, wie genau die geforderte Maskenpflicht zu verstehen sei. MdR Dr. Krupp habe nun davon gesprochen, dass die Maskenpflicht zwar in der Schule, nicht aber im Unterricht gelten solle.

MdR Dr. Krupp erläutert, er wolle sich hier an den Vorgaben der Bundesländer Thüringen und Rheinland-Pfalz orientieren, welche eine Maskenpflicht an Schulen ausgesprochen haben. Diese beziehe sich auf das Schulgelände, aber nicht auf den Unterricht.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **8.3 Änderungsantrag der Fraktion DieLinke betreffend TOP 10.8 "Stellplatzsatzung für Köln" (3217/2019) AN/0503/2020**

Der Änderungsantrag wird gemeinsam mit der den Änderungsantrag betreffenden Vorlage (3217/2019) unter TOP 10.8 behandelt.

## **9 Platzvergaben**

### **9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2020 0143/2020**

Die Verwaltung hat die Vorlage zurückgezogen.

## **10 Allgemeine Vorlagen**

### **10.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln 2476/2019**

MdR Dr. Krupp führt aus, dass die SPD-Fraktion die Vorlage genau betrachtet habe. Der Änderung der Geschäftsordnung den Rat betreffend könne man zustimmen. In Hinblick auf die die Bezirksvertretungen betreffenden Änderungen, gehe er davon aus, dass die Verwaltung die Änderungen mit den Bezirksvertretungen zwischenzeitlich entsprechend abgestimmt habe. Unter dieser Prämisse werde die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen. Er wolle jedoch betonen, dass man sich an dieser Stelle auf die Verwaltung verlasse.

MdR Richter erläutert, seinem Informationsstand zufolge seien die Fraktionsgeschäftsführer in der finalen Abstimmung. Demzufolge solle die Vorlage heute ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen und dann im Rat beschlossen werden. MdR Richter bittet darum, zu Protokoll zu nehmen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Änderungen betreffend der unter Paragraph eins Absatz zwei aufgeführten Fristen bei postalischer Zusendung nicht einverstanden sei. Man wolle hier die bisherige Regelung beibehalten, da bei Zustellung fünf Tage vor der Sitzung eine akkurate Arbeitskreissitzung möglich sei. Dies sei bei einer Versendung der Unterlagen sechs Tage vor der Sitzung nicht mehr gewährleistet.

## **Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen  
2763/2019**

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet MdR Richter darum, die Vorlage sowie den dazugehörigen Änderungsantrag unter TOP 8.1 (AN/0324/2020) zurückzustellen.

**Beschluss:**

Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag werden zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln  
0407/2020**

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die beigefügte geänderte Entgelt- und Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln ab dem zweiten Semester 2020 und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie gegebenenfalls den kostenlosen Zutritt erforderlicher Begleitpersonen ein.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 ~~Entgelt- und Honorarordnung für den Museumsdienst Köln~~  
4454/2019**

**10.5 Besondere Regelung zur "Straßenmusik im Domumfeld"  
0228/2020**

MdR Dr. Krupp merkt an, die SPD-Fraktion habe ein Modell zur Reglementierung der Straßenmusik anhand der gemessenen Lautstärke immer bevorzugt. Auch in weiteren Bereichen der Stadt sei dies ein möglicher Lösungsweg.

MdR Richter äußert sich grundlegend positiv zu der Vorlage. Man wolle dieser zustimmen, jedoch wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Schallmessgeräte zur automatischen Weiterleitung der Signale an die Computer und Mobilgeräte des Ordnungsdienstes

nicht Teil dieses Projektes seien. Dies sei ein zu weitreichender Eingriff in den öffentlichen Raum und solle in der Pilotphase daher nicht umgesetzt werden.

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass sich ihm nicht erschließe, wie das Projekt ohne Weiterleitung der Signale funktionieren solle. Für die SPD-Fraktion sei diese Weiterleitung der Signale unproblematisch. Er wolle jedoch darum bitten, den Evaluationszeitraum auf zwei Jahre, statt einem Jahr zu verlängern.

MdR Dr. Elster erläutert, dass die CDU-Fraktion Abstand von der automatischen Weiterleitung nehmen wolle und eine Schallmessung vor Ort bevorzugen würde. Bei akuter Überschreitung könne dann eingegriffen werden, dies solle jedoch nicht automatisiert über die Versendung von Daten erfolgen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, die Maßnahmen seien deutlich weniger effektiv, wenn man darauf angewiesen sei, dass jemand vor Ort die Lautstärke messen müsse. Der maßgebliche Mehrwert dieses Projektes würde dann nicht erreicht und das Projekt insgesamt deutlich geschwächt. Für ihn seien die Auslöser der Bedenken fraglich. Es liege eine umfassende datenschutzrechtliche Stellungnahme vor. Zudem gehe es nicht um personenbezogene Daten, da das Gerät lediglich einfache Takt- und Frequenzanalysen durchführen könne, nicht jedoch dazu in der Lage sei, Tonaufnahmen von mehr als wenigen Sekundenbruchteilen zu speichern oder zu übermitteln. Das Gerät könne demnach weder Sprache noch Personen erkennen. Demzufolge sei die Erfassung und auch Verarbeitung personenbezogener Daten sicher ausgeschlossen. Auch der Datenschutzbeauftragte habe keinerlei Bedenken geäußert.

MdR Prof. Dr. Killersreiter teilt mit, dass die von Herrn Stadtdirektor Dr. Keller angesprochenen Punkte die seien, denen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht vertraue. Man könne nicht ausschließen, dass nicht doch personenbezogene Daten gespeichert oder versendet würden.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller führt aus, dass er die Sensibilität des Themas verstehe, allerdings sei für ihn nicht ersichtlich, wo derartige Daten herkommen sollten, wenn das Gerät technisch nicht dazu in der Lage sei. Er bittet um Erläuterung der Bedenken.

MdR Richter führt aus, es sei denkbar, dass auch andere Geräuschquellen wie beispielsweise Gespräche aufgenommen würden. Die Essenz dieser Vorlage, den Wallrafplatz zu beruhigen, sei auch ohne die elektronische Datenübermittlung möglich.

Der Vorsitzende erläutert, er habe die automatische Weiterleitung so verstanden, dass durch diese eine Alarmierung des Ordnungsdienstes erfolgen könne. Die Alternative sei eine händische Lärmmessung durch eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter des Ordnungsdienstes vor Ort. Er habe Herrn Stadtdirektor Dr. Keller so verstanden, dass eine Aufnahme personenbezogener Daten technisch ausgeschlossen sei. Er sehe die automatisierte Weiterleitung als Kern dieses Projektes, ohne den es keinen Sinn mache. Er sei demnach der Meinung, es sei sinnvoll, die Vorlage zur weiteren Klärung technischer Hintergründe zurückzustellen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass es sich um ein Digitalisierungsprojekt und eine Smart-City-Anwendung handele. Er halte die automatische Weiterleitung für ein zentrales Element. Herr Stadtdirektor Dr. Keller schlägt daher eine genauere Beratung im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation vor, in dem die technischen Gründe weiter erläutert werden sollen.

Der Vorsitzende erläutert, dass auch eine Beschlussfassung vorbehaltlich der Zustimmung des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation möglich sei und hierdurch ein weiterer Beratungslauf verhindert werden könne.

Nach einer inhaltlichen Diskussion, regt der Vorsitzende an, die Beratungsfolge um den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation zu erweitern und die Vorlage vorbehaltlich dessen Zustimmung zu beschließen.

### **Beschluss:**

**Der AVR empfiehlt dem Rat, vorbehaltlich der Zustimmung der Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation, wie folgt zu beschließen:**

Der Rat beschließt das Pilotprojekt zur Ordnung der Straßenmusik im Geltungsbereich des unmittelbaren Domumfeldes entsprechend des Abgrenzungsplanes für das unmittelbare Domumfeld. Die Festlegungen zum Pilotprojekt erfolgen in Abweichung zur KSO in gültiger Fassung vom 10.01.2018, als eine besondere und vom übrigen Stadtgebiet abweichende Regelung zur Ordnung und Überprüfung der Straßenmusik.

Zu diesem Zweck beschließt der Rat die als Anlage zwei beigefügte dritte Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die öffentliche Sicherheit und Ordnung für das Gebiet der Stadt Köln (KSO) mit der dazu gehörenden Anlage eins Übersichtsplan.

Diese besondere Regelung „Straßenmusik Domumfeld“ soll zunächst für zwei Jahre erprobt werden. Nach diesem Zeitraum wird auf Grundlage der Evaluierungsergebnisse dem Rat ein Entscheidungsvorschlag zur dauerhaften Lösung vorgelegt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **~~10.6 — Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB Köln): Satzungsänderung 0512/2020~~**

### **~~10.7 — Kommunales Vorkaufsrecht Erfahrungsbericht und Evaluation 3388/2019~~**

### **10.8 Stellplatzsatzung für Köln 3217/2019**

MdR Schwanitz führt aus, dass seines Wissens nach der Verkehrsausschuss die Vorlage mit Wiedervorlage in die Bezirksvertretungen weitergegeben habe. Für den Stadtentwicklungsausschuss sei dasselbe Verfahren angedacht. Hintergrund dessen sei, dass in den Fachausschüssen beispielsweise bereits vorliegende Fragen noch in den Prozess eingebracht werden und dann in den Bezirksvertretungen behandelt werden könnten. MdR Schwanitz schlägt daher vor, dass auch der AVR die Vorlage und den Änderungsantrag

(AN/0503/2020) ohne Votum mit erneuter Wiedervorlage in die nachfolgenden Gremien verweist.

Der Vorsitzende nimmt den Verfahrensvorschlag entsprechend auf.

**Beschluss:**

Die Vorlage und der Änderungsantrag werden ohne Votum mit erneuter Wiedervorlage in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

~~10.9 Anpassung der Ermäßigungsregelung für Konzerte des Gürzenich-Orchesters ab der Spielzeit 2020/21  
0561/2020~~

~~10.10 Elternbeitragssatzung für die Kindertagesbetreuung ab 01.08.2020  
0558/2020~~

~~10.11 Ersatzansprüche der Häfen und Güterverkehr Köln AG - Ausbaustopp Godorfer Hafen  
0052/2020~~

10.12 Wahlordnung Integrationsratswahlen 2020  
0177/2020

**Beschluss:**

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Integrationsrates der Stadt Köln in der als Anlage eins zu diesem Beschluss vorliegenden Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

gez. Bernd Petelkau  
(Vorsitzender)

gez. Melina Schacknat  
(Schriftführung)